

Frank Pöpsel (Hrsg.)

Hilfe, unser Geld!

So schützen Sie
sich vor **Inflation** und
Pleite-Staaten

EINLEITUNG

In der schillernden Branche der Hedge-Fonds-Manager wirkt John Paulson eher unauffällig, fast etwas bieder. Ein gemütlicher Mittfünfziger, der dunkle Anzüge und Krawatten in gedeckten Farben bevorzugt. Doch der erste Eindruck täuscht. Paulson war der gewiefteste von allen. Bereits 2007 verdiente er vier Milliarden Dollar, also an jedem Tag mehr als zehn Millionen. Nicht schlecht für einen Mann, den vor der Finanzkrise kaum einer kannte.

Das hat sich mittlerweile gehörig geändert. Paulson ist die Schlüsselfigur im Skandal um die Investmentbank Goldman Sachs. Als die amerikanische Börsenaufsicht SEC am 16. April 2010 bekannt gibt, sie habe das Unternehmen wegen Wertpapierbetrugs verklagt, stürzt die Aktie mit Macht nach unten: gut minus zehn Prozent binnen wenigen Minuten, was die anderen Banktitel rund um den Globus ebenfalls auf Talfahrt schickt.

Der Vorwurf der Börsenaufsicht klingt abenteuerlich: Mit Goldman Sachs soll eines der mächtigsten und renommiertesten Häuser an der Wall Street seine Kunden zum Kauf eines Finanzprodukts animiert haben, auf dessen Scheitern die Banker selbst wetteten. Die Idee dazu kam von Paulson. Er war einer der ganz Wenigen, die frühzeitig damit rechneten, dass der US-Immobilienmarkt kollabieren werde, und spekulierte deshalb auf seinen nahenden Zusammenbruch.

Er kaufte Kreditausfallversicherungen, sogenannte Credit Default Swaps, die damals noch billig zu haben waren, weil kaum einer glaubte, dass die Häuserpreise auf breiter Front einbrechen würden. Bis auf Paulson. Als sich die Ausfälle mit faulen Subprime-Krediten dann tatsächlich häuften, verdiente er ein Vermögen. Doch das reichte ihm noch nicht. Deshalb suchte er einen Partner, der besonders kritische Immobilienkredite in einem Produkt bündelte und dann an Investoren verkaufte. In Goldman Sachs fand er schließlich diesen Partner. Das aufgelegte Produkt bekam den schönen Namen „Abacus 2007-AC1“.

Paulson, so der Vorwurf der Börsenaufsicht, beauftragte Goldman Sachs aber nicht nur, das Produkt zu entwerfen, sondern stellte darüber hinaus auch noch das Portfolio zusammen, wählte die allerschlechtesten Kredite aus und wettete dann gegen die von ihm selbst ausgesuchten Papiere. Allein die deutsche Mittelstandsbank IKB, die im großen Stil diese Abacus-Papiere kaufte, verlor an diesem Geschäft 150 Millionen Euro.

Kein Wunder, dass die Geprellten heute laut darüber lamentieren, dass man ihnen Papiere angedreht habe, von denen die Banken selbst angenommen hatten, dass sie bald nichts mehr wert seien. Die Aufregung ist

verständlich und die Fragen deshalb naheliegend: Dürfen Banken so etwas überhaupt? Ist das nicht irgendwie kriminell? Erfüllt das am Ende nicht sogar den Tatbestand des Betrugs? Die Antwort heißt: im Prinzip nein.

Natürlich darf eine Bank ein Produkt auch dann verkaufen, wenn sie selbst von seinem Niedergang überzeugt ist. Jedenfalls, wenn der Kunde das ausdrücklich wünscht. Etwas anders liegt der Fall, wenn die Manager ihr Produkt aktiv bewerben und damit zum Kauf raten.

Wie auch immer die Klagen gegen Goldman Sachs und mögliche weitere Institute ausgehen mögen und auch unabhängig davon, ob die Bankmanager in jedem Fall rechtmäßig gehandelt haben oder nicht: Als anrücklich werden solche Geschäfte von den meisten Bundesbürgern trotzdem empfunden. Wäre die Wirtschafts- und Finanzkrise ein Computerspiel, müsste man nicht lange fragen, wer darin die Rolle der Schurken übernommen hat.

Aber so einfach liegen die Dinge nicht. Es waren nicht ausschließlich die Geschäfte von Paulson, Goldman Sachs & Co., die die Welt an den Rand des Abgrunds gedrängt haben. Beteiligt daran waren Männer wie US-Präsident Bill Clinton oder Notenbankchef Alan Greenspan, die jedem Amerikaner sein eigenes Dach über dem Kopf wünschten und mit ihrer Politik auch dafür sorgten, dass diese Träume wahr wurden. Nur hat sich ihr Bestreben dann leider in einen einzigen Albtraum verwandelt – in die schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Great Depression in den 30er-Jahren.

Die Eskalation hat mittlerweile ihr drittes Level erreicht. Ging es im ersten Schritt darum, die Banken zu stabilisieren, stand danach schon die Rettung von Weltunternehmen wie General Motors auf dem Programm. Und jetzt, knapp zwei Jahre nach der Pleite des Investmenthauses Lehman Brothers, drohen sogar ganze Länder zu kippen. Griechenland ist nur das aktuelle Beispiel dafür, aber wohl nicht das letzte. Schon wetten die großen Hedge-Fonds darauf, welcher Staat wohl als nächster in die Knie geht.

Wird Spanien oder Portugal der nächste sein? Oder rufen zuvor Irland oder Italien den Notstand aus? Wie sollen die Staaten in Europa künftig miteinander umgehen? Ist es richtig, strauchelnden Ländern beizuspringen und sie mit Milliardenhilfen aufzupäppeln? Oder wäre es vielleicht angebrachter, dass diese Staaten den Euro-Raum möglichst schnell verlassen, damit die Gemeinschaftswährung nicht noch weiter unter Druck gerät?

Am Anfang der Staatenkrise stand ein griechisches Haushaltsdefizit von 12,5 Prozent. Das war im Oktober 2009. Damals dachten die Bundesbürger noch: „Was haben wir damit zu tun?“ Und ihre Politiker, allen voran „Madame Non“, Bundeskanzlerin Angela Merkel, bestärkten sie

sogar in diesem Glauben. Kein Cent, hieß es, solle nach Athen fließen. Doch besonders lange hielt dieses Versprechen nicht.

Während der Euro auf immer neue Tiefststände fiel, beschlossen die Finanzminister am 11. April 2010 eine Griechenland-Nothilfe über 30 Milliarden Euro. Da dämmerte den meisten Bundesbürgern erstmals: Das Haushaltsdefizit der Griechen, das wenig später nochmals nach oben korrigiert wurde, auf nunmehr 13,6 Prozent, geht uns wohl doch mehr an, als uns lieb ist. Am Ende wurde der Nothilfeplan für Griechenland dann auf insgesamt 110 Milliarden Euro aufgestockt – das größte Rettungspaket in Europa seit dem Marshallplan. Der deutsche Beitrag: 22,4 Milliarden Euro.

Und als wäre selbst diese gigantische Summe noch immer nicht groß genug, schossen die Politiker gleich noch mal ein paar Euros hinterher. Aus Angst, dass es nicht bei der Krise in Griechenland bleiben werde und um den Spekulanten endgültig die Lust zu nehmen, weiter auf den Verfall des Euro zu wetten, einigten sich die Finanzminister während einer zwölfstündigen Marathonsitzung in der Nacht zum 10. Mai 2010 auf ein Hilfspaket, das in die Wirtschaftsgeschichte eingehen wird: Insgesamt 750 Milliarden Euro stehen nun als mögliche Kredithilfen für hochverschuldete Länder wie Italien, Spanien oder Portugal zur Verfügung. Deutschland haftet mit 123 Milliarden Euro.

„Wir schützen das Geld der Menschen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach der Einigung. An den Stammtischen der Republik allerdings wird der Rettungsschirm ganz anders diskutiert. „Wir sind wieder mal Europas Deppen!“, titelt „Bild“ tags darauf und geißelt den Schlendrian in Südeuropa. „Zehn Jahre“, kommentiert die Zeitung, „haben wir Deutsche für einen stabilen Euro geschuftet. Wir haben die Zeche gezahlt – während andere auf unsere Kosten schamlos Party feiern konnten.“

So denken viele in Deutschland. Nicht wenige Bundesbürger wünschen sich ihre Mark zurück. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen? Warum bricht auf der ganzen Welt Panik aus, nur weil ein paar mittellose Amerikaner ihre Häuser nicht bezahlen konnten? Weshalb stehen nach den Banken und der Industrie nun ganze Staaten auf der Kippe? Was hat die Weltwirtschaft in ein solch gigantisches Dominospiel verwandelt, in dem nun ein Stein nach dem anderen zu fallen droht?

Das Problem hinter US-Hypotheken und Pleitestaaten ist, im Grunde genommen, ein und dasselbe: Banken und Investoren haben Kunden Geld geliehen, die damit weit über ihre Verhältnisse lebten. So wie billiges Geld in Amerika den Immobilienmarkt aufblähte, ermöglichten niedrige EZB-Zinsen die Exzesse in Griechenland, Spanien oder Portugal. Die Überschuldung ist das Problem – das Leben auf Pump, für das nun die Quittung ausgestellt wird.

Billionen Dollar haben die Regierungen seit Ausbruch der Krise weltweit investiert, um die Misere in den Griff zu bekommen. Doch angesprungen ist die Wirtschaft noch immer nicht. Das Einzige, was rekordverdächtig wächst, ist die Staatsverschuldung. Nach Berechnungen der Europäischen Zentralbank (EZB) werden die Staatsschulden allein in Europa bis 2026 auf ungeheuerliche 150 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen. Erlaubt sind gerade mal 60 Prozent.

Je nachdem, welchem wirtschaftstheoretischen Lager man näher steht, kann man die wachsenden Staatsausgaben richtig oder falsch finden. Die Keynesianer loben Konjunkturprogramme, weil sie glauben, dass die Wirtschaft damit wieder in Gang kommen wird. Die Neoliberalen dagegen bezweifeln ihre heilsame Wirkung. Sie fürchten, das viele Geld werde vom Staat völlig unnütz ausgegeben und halte zum Sterben bestimmte Unternehmen nur künstlich etwas länger am Leben.

Man kann sehr lange darüber streiten, was in der aktuellen Krise am besten hilft. Aber praktisch relevanter sind für den Anleger zunächst einmal Antworten auf die folgenden Fragen: Was bedeutet die wachsende Staatsverschuldung für unser Geld? Wird der Euro am Ende doch zur Weichwährung? Droht uns eine jahrelange Deflation nach japanischem Vorbild? Oder gar eine Rezession und Massenarbeitslosigkeit wie in den 30er-Jahren? Was werden die Politiker unternehmen, um die Staatsschulden in den Griff zu bekommen? Nehmen sie deutlich steigende Inflationsraten in Kauf, damit sie ihre Länder leichter entschulden können? Wird unser Geld bald nicht mehr viel wert sein?

Zu glauben, das Schlimmste sei bereits überstanden – nur weil die Aktienmärkte seit Ausbruch der Finanzkrise im Herbst 2008 zwischenzeitlich kräftig zugelegt haben –, ist naiv und gefährlich. Schon sorgen sich Beobachter, dass wir bald Teil zwei der Immobilienkrise erleben könnten. Denn nach dem Platzen der Subprime-Blase droht nun auch den großen US-Immobilienfonds Ungemach. Fonds, die Gewerbeimmobilien bis zu 90 Prozent auf Kredit finanzieren und dann auf steigende Immobilienpreise und anziehende Mieten spekulieren. Viele dieser Hoffnungen dürften sich nun nicht so schnell erfüllen.

Die weiteren Aussichten sind also alles andere als rosig. Die internationale Verschuldung hat mittlerweile Dimensionen erreicht, die die Gefahr einer großen Inflation mit jedem Tag wachsen lassen. Dieses Buch zeichnet deshalb noch einmal detailliert die Anatomie der Jahrhundert-Krise nach, lässt renommierte Experten in ausführlichen Interviews zu Wort kommen und gibt Sparern und Anlegern handfeste Tipps, wie sie ihr Geld jetzt am besten in Sicherheit bringen.

I. DIE STAATSBANKROTTEURE: WARUM DER EURO UNTER BESCHUSS GERÄT

Die griechische Krankheit: *Europa in der Schuldenfalle*

Worüber regen sich die Deutschen eigentlich auf? Wochenlang diskutiert die Regierung Anfang 2010 darüber, ob sie eine CD kaufen soll, auf der die Daten von Steuersündern gespeichert sind. Darf man das? Muss man das? Schließlich wurden die Daten nicht auf die sauberste Art beschafft. Sie wurden heimlich entwendet. Es geht um 1500 Menschen, die Geld am Fiskus vorbeigeschafft haben sollen.

Die Griechen können darüber nur lachen. Gerade einmal fünf Prozent der Hellenen geben bei ihrer Steuererklärung an, mehr als 100 000 Euro brutto im Jahr zu verdienen. Zahnärzte, Bauunternehmer, Hotelbetreiber – sie fahren Porsche, besitzen Yachten und Villen, nur Steuern zahlen sie offenbar nicht. In Griechenland ist das normal. Mehr als 30 Milliarden Euro entgehen dem Staat an Mehrwertsteuer, weil die Bürger lieber Geschäfte ohne Quittung machen.

Europa am Beginn eines neuen Jahrzehnts: Die Griechen sind so gut wie pleite. Was eigentlich keinen stören müsste bei einem korrupten Land, dessen Wirtschaftsleistung kaum größer ist als die von Hessen. Selbst schuld. Aber Europa ist in hellem Aufruhr. Die Staatschefs der EU telefonieren, konferieren und beraumen Sondergipfel an. Ob und wie greift die Staatengemeinschaft Griechenland unter die Arme? Soll man ein paar Milliarden Euro nach Athen überweisen? Oder die Hellenen einfach sich selbst überlassen?

„Es ist buchstäblich die Wahl zwischen Pest und Cholera“, sagt Andreas Rees, Volkswirt bei Unicredit. Hilft man den Hellenen, erwarten auch die anderen Sorgenkinder in der Euro-Zone Beistand. Lässt man Griechenland im Regen stehen, löst man eine Panik an den Finanzmärkten aus. „In weiterer Ferne, nicht in diesem oder im nächsten Jahr, könnte die Währungsunion auseinanderbrechen“, sagt Wirtschaftsprofessor Nouriel Roubini, der als „Dr. Doom“ weltweit bekannt wurde, weil er als einer der ganz wenigen die Krise frühzeitig vorhersah.

Wirklich darauf ankommen lassen will es niemand. Schon bedingt durch die gemeinsame Währung, sitzen alle in einem Boot. Weder gibt es Szenarien für den Staatsbankrott eines EU-Mitglieds noch die Möglichkeit, es aus der Gemeinschaftswährung einfach hinauszuerwerfen. Selbst wenn, wie im Fall der Griechen, der Beitritt durch falsche volkswirtschaftliche Zahlen erschwindelt wurde.

Es grassiert die Angst vor einer Kettenreaktion. Denn halb Europa sitzt in der Schuldenfalle. Und der Rest ist nicht weit von ihr entfernt. Noch im vergangenen Jahrzehnt war Spanien der Musterschüler im Euro-Raum. Starkes Wirtschaftswachstum, den Haushalt sehr gut im Griff und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) eine sinkende Verschuldung. Und jetzt?

„Der eigentliche Brandherd ist nicht Griechenland, sondern Spanien“, sagt Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman. Die Verschuldung steigt rasant, die Wirtschaft wächst nicht mehr, und der Haushalt läuft aus dem Ruder. In Portugal und Irland sieht es kaum besser aus. Italien ist ohnehin chronisch hochverschuldet. Und selbst die Tanker Europas, Deutschland und Frankreich, haben mächtig Schlagseite.

Jetzt macht sich der Schlendrian, den einige EU-Mitglieder in den vergangenen Jahren in Sachen Haushaltspolitik haben einreißen lassen, so richtig bemerkbar. Egal, ob Griechenland, Spanien oder Portugal: Seit ihrem Beitritt zum Euro hat die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder stetig nachgelassen, bescheinigen Volkswirte. Dadurch bekommen sie von dem Konjunkturaufschwung nichts oder nur wenig mit. Das heißt: Steigende Steuereinnahmen sind nicht zu erwarten. Die hohe Arbeitslosigkeit belastet das Budget zusätzlich. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein steigendes Haushaltsdefizit. Und das bedeutet nichts anderes als: noch mehr Schulden. Eine Schuldenspirale, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint.

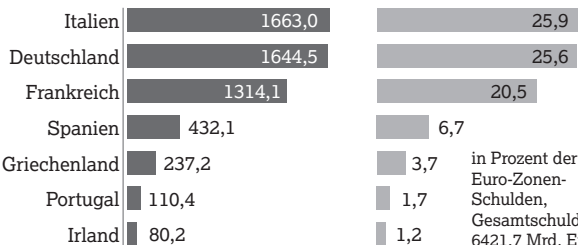
Entsprechend hitzig debattieren die Politiker im Februar 2010. Stützt man Griechenland mit Milliarden, beruhigen sich zumindest die Finanzmärkte und die EU-Staaten haben etwas mehr Luft bei der Schuldenkonsolidierung. Aber wieso soll sich Deutschland noch weiter verschulden, um die schwindelnden Hellenen zu retten? „Man hilft einem Alkoholiker nicht, wenn man ihm eine Flasche Schnaps besorgt“, wettet Frank Scheffler, Finanzexperte der FDP. Soll heißen: Pumpet die EU Milliarden

Schuldenkönig Italien

Kein Land hat in Summe höhere Auslandsschulden als Italien. Damit kommt das Land auf etwas mehr als ein Viertel der Verbindlichkeiten der gesamten Euro-Zone.

Quelle: EU-Kommission

Auslandsschulden von Euro-Ländern 2008 in Milliarden Euro



nach Athen, setzt sie ein fatales Signal. Die Griechen verlassen sich auch in Zukunft darauf, dass ihnen die anderen beispringen. Das Gleiche gilt für die restlichen Sorgenkinder. Trotzdem versprechen die Regierungschefs auf einem EU-Sondergipfel im Februar, man werde Griechenland notfalls Finanzhilfen gewähren. Doch zu diesem Zeitpunkt wollen die Hellenen ihre Probleme noch allein lösen.

Bis Griechenlands Staatschef Giorgos Papandreou die EU und den Internationalen Währungsfonds (IWF) am 23. April dann ganz offiziell um Hilfe bitten muss. Nur einen Tag zuvor war bekannt geworden, dass die Hellenen 2009 noch schlechter gewirtschaftet hatten als angenommen. Das Europäische Statistikamt Eurostat korrigierte das Haushaltsdefizit des Landes an diesem Tag um knapp einen Prozentpunkt auf 13,6 Prozent der Wirtschaftsleistung, was 32,4 Milliarden Euro entspricht. Selbst diese Zahl stellen die Statistiker unter Vorbehalt, weil ihnen ein paar gemeldete Daten als zu unsicher erscheinen.

Doch an den Finanzmärkten ist der Schrecken auch so groß genug. Unmittelbar nach Bekanntgabe des höheren Defizits schnellen die Risikoauflagen für zehnjährige griechische Staatsanleihen auf den neuen Rekord von 8,5 Prozent. Papandreou bleibt nichts anderes übrig, als EU und IWF um schnelle Hilfe zu bitten.

Dann geht es Knall auf Fall: Standard & Poor's senkt die Kreditwürdigkeit des hochverschuldeten Landes in der gleichen Woche um drei Noten nach unten: BB+/B, Ramschstatus. Die Staatspleite rückt gefährlich nahe. Als wären diese Meldungen nicht schon schlimm genug, senken die Rating-Experten am gleichen Tag auch noch die Kreditwürdigkeit Portugals herab. „Jeden Tag, den wir verlieren, wird es schlimmer“, warnt EZB-Chef Jean-Claude Trichet in Berlin. „Es steht die Stabilität des Euro als Ganzes auf dem Spiel“, betont Finanzminister Wolfgang Schäuble. Deutschland werde sich seiner „Verantwortung nicht entziehen“, versichert Bundeskanzlerin Angela Merkel.

In einer emotionalen Fernsehansprache hatte Staatschef Papandreou seinen Landsleuten zuvor angekündigt, die Griechen erwarte eine „neue Odyssee“.

Aber wohl nicht nur die. Mit Ausbruch der Griechenland-Krise hat der Euro dramatisch an Wert verloren. Am 27. April sinkt er auf ein neues Jahrestief: Nur 1,3195 Dollar ist er an diesem Tag noch wert. Am 10. Mai sogar nur noch 1,2810. Kommt es nun doch zur Kettenreaktion? Ist Griechenland nur der Anfang einer Krise, die noch viel tiefer reicht? Behält Roubini mit seinem Horrorszenario vom Auseinanderbrechen der Währungsunion am Ende womöglich Recht?

Am Anfang heißt es, Griechenland benötige 45 Milliarden Euro, um aus seinem Schlamassel herauszukommen, wobei sich der deutsche